

Ressort: Lokales

Felgentreu: Berliner SPD sollte Bundeswehr-Beschluss zurücknehmen

Berlin, 02.04.2019, 13:29 Uhr

GDN - Der SPD-Verteidigungspolitiker Fritz Felgentreu rät der Berliner SPD, den Beschluss zum Werbeverbot der Bundeswehr zurückzunehmen. "Es ist ein in jeder Hinsicht misslungener Antrag, inhaltlich falsch und handwerklich schlecht gemacht", sagte der Berliner Bundestagsabgeordnete dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland".

Die Bundeswehr werbe nicht an Schulen. Dass Jugendoffiziere in die Schulen kämen, um mit jungen Menschen über sicherheitspolitische Fragen zu sprechen, sei richtig: "Es ist lobenswert, dass die Bundeswehr dieser Aufgabe nachkommt." Er würde der Berliner SPD dringend raten, die Beschlusslage zu dem Thema neu zu überdenken, sagte Felgentreu. "Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus muss sich den Beschluss ja nicht zu eigen machen." Die Berliner SPD hatte auf einem Landesparteitag am vergangenen Samstag einen Antrag für ein Werbeverbot der Bundeswehr an Schulen beschlossen. "Es wird militärischen Organisationen untersagt, an Berliner Schulen für den Dienst und die Arbeit im militärischen Bereich zu werben", heißt es in dem Text.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-122612/felgentreu-berliner-spd-sollte-bundeswehr-beschluss-zuruecknehmen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619